

# Fußnoten zur Mündigkeit

## WER WIR SIND...

Die Basisgruppe Politikwissenschaft ist ein Zusammenschluss verschiedener Personen, in der es keine institutionalisierte Hierarchie oder Mitgliedschaft gibt. Sie ist eine fraktionslose Gruppe von StudentInnen der Politikwissenschaft mit linkem und basisdemokratischem Grundverständnis. Daher werden bei uns Entscheidungen am offenen Plenum basisdemokratisch getroffen, die aus kritischer Auseinandersetzung und inhaltlichen Diskussionen entstehen. Die Basisgruppe Politikwissenschaft ist parteiunabhängig und daher auch nicht an Parteilinien gebunden. Wir sind

politische und studienrichtungsspezifische Entwicklungen gehört zu unseren Aufgaben. Zu diesem Zweck geben wir regelmäßig Zeitungen („Herrschaftszeitungen“) und Informationsblätter heraus und veranstalten Informations- und HörerInnenversammlungen am Institut. Die Studienvertretung vertritt die Interessen der Studierenden insbesondere gegenüber den EntscheidungsträgerInnen an der eigenen Studienrichtung, also gegenüber dem Studienprogrammleiter. So gibt es regelmäßige Gespräche und Verhandlungen, in denen es um Defizite beim Lehrangebot, Probleme mit dem Anmeldesystem, Schwierigkeiten mit Lehrenden etc.

ner Normen und Strukturen arbeiten zu müssen, die sie eigentlich ablehnt. Dies betrifft vor allem die Mitarbeit in den diversen universitären Gremien, die seit der Entdemokratisierung durch das Universitätsgesetz 2002 ohnehin eingeschränkt ist. Hier geht es uns vor allem darum, trotz der schwierigen Verhältnisse die Position der Studierenden zu vertreten. Uns ist bewusst, dass dies eine Mängelverwaltung darstellt. Dennoch versuchen wir zum einen, das Beste für die Studierenden herauszuholen und zum anderen, durch die Kritik an einzelnen Maßnahmen gleichzeitig Kritik am gesamten Bildungs- und Erziehungssystem zu formulieren.



## ÖH-WAHL 26.-28. Mai

### Es kandidieren...

- ★ Dorothea Born
- ★ Sandra Hauzmayer
- ★ Elisabeth Lambrecht
- ★ Tobias Neuburger
- ★ Alessandro Volcich

im Gegensatz zu den Fraktionen wie AG, VSSÖ, GRAS und KSV an keine Mutterpartei gebunden. Bei uns gibt es keine FunktionärInnen und Statuten.

## WAS WIR SO MACHEN...

Die letzten zwei Jahre stellte die Basisgruppe alle 5 MandatarInnen der Studierendenvertretung der Politikwissenschaft. Zu unseren Tätigkeiten als Studienvertretung gehören die Beratung von Studierenden am Studienbeginn sowie während des Semesters, die Erstellung des Studienleitfadens und die Mitarbeit in diversen Gremien, darunter die Fakultäts- und Studienkonferenz, Institutskonferenzen und Arbeitsgruppen, um die Interessen der Studierenden zu vertreten. Auch die regelmäßige Information der Studierenden über universitäts-

geht. Das Gremium, das dem Studienprogrammleiter seit der Abschaffung demokratischer Strukturen durch das Universitätsgesetz 2002 nur mehr beratend zur Seite steht, ist die Studienkonferenz. Dort sind die Hälfte der Mitglieder Studierende. Obwohl die Studienkonferenz keine eigene Beschlussfassungskompetenz hat, ist es uns in zahlreichen Gesprächen und durch Überzeugungsarbeit immer wieder an entscheidenden Stellen gelungen, den Studienalltag zu verbessern.

## GRENZEN DER ARBEIT ALS STUDIENVERTRETUNG

Im Zuge dieser stößt eine Studienvertretung zwangsläufig an die Grenzen ihres eigenen Anspruchs, wenn sie sich damit konfrontiert sieht, innerhalb je-

## SERVICE, UND WAS NOCH?

In den letzten Jahren haben wir den Studientrott regelmäßig mit inhaltlichen Diskussionen kritisiert und wollen das auch in Zukunft tun (so ihr uns denn wählt). Nicht die angebliche wissenschaftliche Neutralität, sondern die Parteinahme, die politische Intervention, stellt den kategorischen Imperativ unserer Arbeit als Studienvertretung dar. Nicht die Unterordnung unter kollektive Zwänge, sondern die Befreiung aus Kollektiven durch die Emanzipation des Individuums ist unser Anspruch, z.B. nicht die Religionsfreiheit, sondern die Freiheit von jeglicher Religion oder die Befreiung des Individuums aus sämtlichen Zuschreibungen wie Geschlecht oder Kultur.



**Basisgruppe Politikwissenschaft**

**www.bagrupowi.at**



## POSITIONEN

Um ein besseres Bild davon zu bekommen für welche Inhalte die Basisgruppe steht, findest du hier einige wichtige unserer uni- und bildungspolitischen Positionen:

- ★ Für den freien Hochschulzugang, gegen Zugangsbeschränkungen beim Master-Studium,
- ★ gegen Studiengebühren,
- ★ für eine Redemokratisierung der Uni, Studierende müssen wieder ein echtes Mitspracherecht bekommen,
- ★ gegen Knock-Out-Prüfungen und Aufnahmetests bzw. Motivations-schreiben,
- ★ ausreichend Lehrveranstaltungen für alle statt Mängelverwaltungssystem,
- ★ für aktive Frauenförderung und Stärkung feministischer Politikwissen-schaft.

## FÜRDICH ERREICHT

Was wir in den letzten zwei Jahren auf Institutsebene erreicht haben:

- ★ WS '08 (Diplomstudium): Unterbe-

## ÖH-Wahlen

26.-28.5.2009

Gewählt wird im Raum der Studienvertretung Philosophie (NIG 3. Stock). Ab Dienstag dem 26.5 von 10 – 18:00, Mittwoch dem 27.5 von 9 – 19:00 und Donnerstag dem 28.5 von 9 – 15:00.

Alle zwei Jahre finden in Österreich HochschülerInnenschaftswahlen statt. Dieses Jahr vom 26.-28.5. Die ÖVP/FPÖ-Regierung schaffte mit dem Universitätsgesetz 2002 (UG 02) nicht nur die Mitspracherechte der Studierenden ab, sondern griff 2004 die ÖH auch mit einem geänderten HochschülerInnen-schaftsgesetz (HSG 04) in ihrer Struktur an. Durch eine Änderung der Wahlmodalitäten wurden die Chancen rechter ÖH-Fraktionen, im Besonderen der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG), auf den ÖH-Vorsitz bedeutend erhöht. Würde bis zu den Wahlen 2003 auf allen vier Ebenen der ÖH gewählt, so können nach der HSG-Novelle nur mehr die Universitäts- und die Studienvertretung direkt gewählt werden. Bundes- und Fakultätsvertretung werden nun mittels eines komplizierten Entsorgungssystems beschickt. Dass dieser eher plumpe Versuch, eine rechte und daher regierungskonforme ÖH zu ermög-

legte G-Seminare können als F-Seminare angerechnet werden,

- ★ C-Grundkurse werden noch ein letztes mal im September als Kompaktkurse angeboten (ab WS '09 können Bachelor-Lektürekurse als C-Grundkurse angerechnet werden),

★ Kompaktkurse werden im September für Bachelor- und Diplomstudium angeboten,

- ★ großzügige Anrechenregelungen für das Diplomstudium (z.B. bei Grundkursen, Methodenkursen, F-Seminaren),
- ★ motivierte junge ProfessorInnen ans Institut geholt (Sylvia Kritzinger und Ulrich Brand)

★ Erweiterungscurricula-Regelung: Es können jetzt LV's aus allen Studienrichtungen und im vollen Ausmaß (60 ECTS) bis 30.9. als Erweiterungscurricula angerechnet werden.

## FÜRDICH SCHON FRÜHER ERREICHT

Einige unserer Erfolge von vor 2007:

- ★ An-/Abmeldung zur Prüfung bis 23:59 des Vortages möglich,
- ★ keine Motivationsschreiben für prüf-

lichen, dann doch nicht funktionierte, zeigt sich an den letzten beiden Wahlergebnissen der ÖH-Wahlen von 2005 und 2007, als aufgrund der Ergebnisse an den einzelnen Unis trotz gesetzlicher Hürden erneut linke Bundesvertretungen der ÖH gewählt wurden. Allein durch den Austritt der Fachschaftlisten aus dieser Bundesvertretung kam 2008 eine Regierungsbeteiligung der AG zustande. Die Tatsache, dass die SPÖ/ÖVP-Regierung diesen demokratie- und bildungspolitischen Wahnsinn nicht zurückgenommen hat und auch die Studiengebühren nicht abgeschafft, sondern lediglich die Ausnahmekriterien erweitert hat, spricht Bände.

Ende Mai wählt ihr also (StudentInnen-ausweis nicht vergessen) aus Fraktionen wie Aktionsgemeinschaft (AG, ÖVP-StudentInnenorganisation), Grüne und Alternative StudentInnen (Gras), Kommunistischer StudentInnenverband Linke Liste (KSV LiLi), Junge Liberale (JULis), Ring freiheitlicher Studenten (RFS) oder Verband sozialistischer StudentInnen (VSStÖ, SPÖ-StudentInnenorganisation) eure Universitätsvertretung. Auf Studienrichtungsebene herrscht hingegen Personenwahlrecht, d.h. ihr kreuzt die Namen von fünf KandidatInnen an. In der noch laufenden Legislaturperiode haben bei allen Studienvertretungen auf den ehemali-

ungsimmanente Lehrveranstaltungen,

- ★ keine Abschlussprüfung für das Masterstudium Politikwissenschaft,
- ★ keine Aufnahmetests und andere Aufnahmebeschränkungen für das Masterstudium Politikwissenschaft.

## FÜRDICH GEMACHT

- ★ Jede Woche POWI-Frühstück,
- ★ 6 Studen Journaldienste jede Woche,
- ★ Beratung und Hilfestellung über E-Mail und Telefon,
- ★ jedes Semester eine Veranstaltungsreihe zu aktuellen gesellschaftskritischen Themen,
- ★ Vorträge und Diskussionen,
- ★ Unterstützung anderer Vorträge und Vortragsreihen (z.B. "Utopie als Werkzeug in Politik, Kultur & Religion" dieses Semester),
- ★ Organisation der Ringvorlesung "Quer zur Wirklichkeit" - Kritische Theorie und Gesellschaftskritik dieses Semester,
- ★ 3 Wochenendseminare zu den Themen "Erziehung zur Mündigkeit", "Postmoderne Gesellschaftsanalyse" sowie "Kapitalismuskritik".

gen Human- und Sozialwissenschaftlichen und Geisteswissenschaftlichen Fakultäten unabhängige Basisgruppen oder Institutsgruppen die Mehrheit der Mandate. Seit jedoch nur mehr zwei ÖH-Ebenen gewählt werden, versuchen diverse Fraktionen immer häufiger, auf Institutsebene Fuß zu fassen. Vor dem Wahllokal informieren euch Flugblätter darüber, welche KandidatInnen zu welcher Gruppe oder Fraktion gehören. Auf unserem Institut kandidieren neben der Basisgruppe, die in den letzten zwei Jahren alle 5 MandatarInnen der Studienvertretung stellte, Mitglieder von den Fraktionen AG, RFS und VSStÖ (diesmal im Bündnis KRISP), insgesamt 15 Personen.

Zusätzlich zur herkömmlichen Papierwahl gibt es heuer auch die Möglichkeit des e-voting (also des Wählens über Internet von einem beliebigen Rechner aus). Dazu benötigt man ein spezielles Kartenlesegerät und eine e-card bzw. Bürgerkarte. Gewählt wird hier vom 18.5. (ab 8 Uhr) bis zum 22.5 (bis 18 Uhr). Wir empfehlen diese Möglichkeit nicht in Anspruch zu nehmen, denn beim elektronischen Wählen können die Sicherheit der abgegebenen Stimme und eine geheime und freie Wahl nicht gewährleistet werden, und dies ist demokratiepolitisch untragbar.

## HÖRTAUF ZU STUDIERN...

### Vom Dilemma der Bildungspolitik

Bildungspolitik heute heißt offiziell: dafür Sorge zu tragen, dass dem nationalen Standort genügend Eliten entspringen, die ihrerseits wiederum dafür sorgen, dass der Standort selbst in Zukunft attraktiv bleibt. StudentInnen sind diesem nationalen Konsens mehr oder weniger ausgeliefert oder treiben diesen in gar nicht so wenigen Fällen voran. Allerdings korreliert diese Anforderung an die Bildung, vor allem an die höhere Bildung, nur marginal mit dem Umstand, dass Universitäten, als Orte der Wissensproduktion, sich a priori autonom der Forschung und Lehre widmen. Jenes von der bürgerlichen Aufklärung propagierte Bild einer autonomen Universität, die durch die so genannten freien Wissenschaften immer noch die besseren Ergebnisse zu erzielen weiß als eine abhängige, fristet ein trauriges Ideendasein. Denn Zweckrationalität und Verwertbarkeit anstatt Autonomie und Einsicht bilden die Leit motive universitärer Bildungspolitik.

### Autonomie und New Economy

Natürlich haben sich die Anforderungen beträchtlich verändert: eine Reihe von Fachhochschulen sorgt in Österreich dafür, dass gezieltes Technologie- und Produktionswissen vor allem an den Mann gebracht wird. Aber nicht nur für technische Berufe hat sich einiges geändert, auch in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien wird rationalisiert, d.h. alles, was nicht ökonomisch verwertbar ist, wird zurückgedrängt. Deutlich wird dies bei der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge auf Universitäts-ebene, um für gesellschaftliche Sparten wie zum Beispiel Verwaltung und Marktforschung, die sozialwissenschaftliches Wissen und Techniken benötigen, das Personal bereitzustellen. Dabei wird alle darüber hinausgehende Kritik und selbständiges Denken aus den zunehmend verschulden Studienplänen gestrichen. Diese „FacharbeiterInnen der New Economy“ stellen als wissenschaftlich-technische Fußtruppen eine notwendige Ergänzung der Elite von morgen dar. Sie lassen sich als Ergänzung, jedoch nicht als deren Essenz fassen: denn Forschung und Wissenschaft werden weiterhin hauptsächlich auf der Universität betrieben, wobei die Einführung von Zugangbeschränkungen zu weiterführenden Studienprogrammen wie Master und Doktorat nach wie

vor eine bedrohliche Möglichkeit bleibt. Damit würden StudentInnen zueinander in verstärkter Konkurrenz gesetzt werden und Markt- und Effizienzlogiken weitere Türen geöffnet werden. Diese angeblichen Sachzwänge wirken sich auch auf die innere Struktur der Universitäten aus. So widersprüchlich es auch klingen mag: In den letzten Jahren zeigten sich immer mehr Tendenzen der „Refeudalisierung“ der Verhältnisse an der Uni. StudentInnen werden noch stärker an die etablierte Wissenschaft und die diese betreibenden Personen gebunden. Eine Tendenz, die schon – obwohl selber Ordinarius – Max Horkheimer kritisierte, als er anmerkte „Dissertationen“ zeichneten sich dadurch aus, dass durch diese „der Adept beweist, dass sein Denken, Fühlen und Sprechen unwiderruflich die Formen des akademischen Rackets“, einer Bande „angenommen hat“. Das hat zur Folge, dass Studierende diese Zwänge internalisieren (müssen), weil die Verhältnisse es so vorgeben. Reflexion und Kritik von Gesellschaft als Ganzem werden so verunmöglichlicht. Die Ansätze von Demokratisierung, die durch die Universitätsreform in den 1970er Jahren durchgesetzt worden waren, wurden schon in den letzten vierzehn Jahren Stück für Stück demontiert, denn die ersten Schritte zur Ökonomisierung des Studiums wurden schon Mitte der 1990er Jahre unter der (alten) großen Koalition mit dem Sparpaket vollzogen: In Form von Kürzungen sozialer Leistungen, die manchen das Studium erst ermöglicht hatten und der Abschaffung der verpflichtenden jährlichen Institutsversammlung, die eine stärkere demokratische studentische Mitbestimmung bedeutete.

### ... FANGT AN ZU BEGREIFEN!

Der von der ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ betriebene bildungs- und unipolitische Wahnsinn, wie beispielsweise die Einführung von Studiengebühren, die Abschaffung demokratischer Strukturen an der Uni (statt dessen: schlagende Burschenschaftler im Universitätsrat) und der Versuch, die ÖH gewaltsam durch die Abschaffung der Direktwahl von zwei ÖH-Ebenen schwarz zu färben, wurde von der neuen großen Koalition – und zwar unter SPÖ-Führung, auch wenn ihre studentische Vorfeldorganisation (VSSTÖ) das gerne leugnet – jedoch keineswegs abgeschafft. Stattdessen wandelte sich die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren flugs in eine Forderung nach einem

„Sozialdienst“, welche dann noch dreist als Abschaffung der Gebühren verkauft wurde. Auch wenn mit diesem Sommersemester der „freie Hochschulzugang“ und die „Abschaffung der Studiengebühren“ offiziell zelebriert wurde, so lässt sich der von den SPÖ, FPÖ und den Grünen verabschiedete Initiativantrag 809 doch eher als eine Regelung für eine „beitragsfreie Zeit“ innerhalb der Mindeststudienzeit plus je zwei Toleranzsemestern je Abschnitt fassen. Diese



## POWI-Fest

**22. Mai (ab 21 Uhr)**  
**im BACH (16., Bachgasse 21)**  
*freier Eintritt*

„beitragsfreie Zeit“ hält StudentInnen dazu an, möglichst schnell, effizient und zielorientiert zu studieren, um sich anschließend der allgemeinen Verwertung auf dem Arbeitsmarkt zu Verfügung zu stellen. Diese und andere Maßnahme, die gesellschaftliche Zwänge mit Erzählungen von Gemeinschaft und sozialer Wärme schönredet, gesellt sich zu dem schon erwähnten Phänomen, dass Zwänge als Chance begriffen und somit internalisiert werden. Gegen diese Aussichten den Staat für eine andere Bildungspolitik im Sinne einer kritischen Gesellschaftswissenschaft ins Treffen führen zu wollen, ist jedoch illusorisch, da es die Aufgabe des staatlich organisierten Bildungswesens ist, die Produktion von Fachkräften für den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Neben einem ständigen Beharren auf der (Re-)Etablierung demokratischer Strukturen, einem freien Hochschulzugang sowie einer offensichtlichen Verbesserung des StudentInnenalltags im Status Quo, kann eine vernünftige Bildungspolitik nur jene sein, die für jeden Menschen einen Einblick in eben diese Mechanismen zu gewähren weiß und sie über ihre Funktion aufzuklären vermag, in der Hoffnung, dass diese Kritik Praxis werde.

**WIR EMPFEHLEN: Auf Universitätsebene GRAS oder KSV-LiLi wählen!**

# Zur Notwendigkeit feministischer Politikwissenschaft

## Keine Kritik der Politik ohne Kritik der Geschlechterverhältnisse!

Die oftmals interdisziplinär ausgerichtete feministische sowie Gender-Forschung stellt eine der dynamischsten Forschungsrichtungen dar, die in den letzten Jahren sowohl im universitären Bereich als auch gesellschaftlich Fuß gefasst haben. So ist es auch Aufgabe der Politikwissenschaft, verstanden als eine Wissenschaft, welche die gegenwärtigen gesellschaftlichen (politischen) Verhältnisse nicht nur beschreibt, sondern auch angemessen erklärt und kritisiert, die herrschenden patriarchalen Verhältnisse in Frage zu stellen. Indem die feministische Politikwissenschaft die Kategorie Geschlecht (verstanden als sozial und historisch konstruiert) ins Zentrum ihrer Forschung stellt, überwindet sie die auffallende Ignoranz, die in Bezug auf das Geschlechterverhältnis in der herkömmlichen (und auch in der kritischen) Politikwissenschaft zu finden ist. Gleichzeitig dient Geschlecht als Analysekonzept in Form eines theoretischen und methodischen Werkzeugs dazu, die herrschende Geschlechterungleichheit zu kritisieren und die Geschlechtsblindheit zentraler politikwissenschaftlicher Kategorien und analytischer Konzepte – z.B. Politik, Macht, Herrschaft und Staat – nachzuweisen.

## Gegen den Malestream!

Mittlerweile kann die Malestream-Politikwissenschaft die Erkenntnisse und Kritik feministischer Geschlechterforschung nicht mehr gänzlich ignorieren. Trotz immer noch vorherrschender Widerstände seitens der etablierten Politikwissenschaft und den universitären Strukturen, hat sich im letzten Jahrzehnt die Situation verbessert. Dies zeigte sich partiell auch am Wiener Institut für Politikwissenschaft. Sowohl auf personeller als auch auf inhaltlicher Ebene hat der Stellenwert feministischer Politikwissenschaft zugenommen. Sichtbar wird das beispielsweise am kontinuierlich ansteigenden Frauenanteil im Lehrpersonal und der Zunahme an Lehrveranstaltungen, die sich mit Geschlechter-Problematiken und -Verhältnissen auseinandersetzen. Nicht zuletzt durch die Initiative der Studienvertretung/Basisgruppe Politikwissenschaft in Studien-, Lehrauftrags- und Habilitations-Kommissionen ist es gelungen, kritische Wissenschaftlerinnen zu unterstützen und

somit feministische Lehrinhalte als wesentlichen Bestandteil des Studiums zu etablieren. Im neuen Studienplan ergab sich zusätzlich die Möglichkeit, Frauen- und Geschlechterforschung verstärkt zu verankern und auch zu institutionalisieren, sowie Gender Studies als Modul wählbar zu machen.

## Linke Emanzen?!

Trotz dieser Entwicklungen und individueller Verbesserungen, stellt auch die Universität nach wie vor einen Bereich dar, an dem sich in vielen Bereichen antifeministische Tendenzen finden lassen. So werden Frauen-, feministische sowie Gender-Forschung sowohl auf Seite der Lehrenden als auch der Studierenden immer wieder als un- oder pseudowissenschaftlich abgetan und zur verabscheuten Ideologie so genannter „Eman-



zen“ erklärt. Bei der, meist von Männern formulierten, kategorischen Ablehnung der Analyse von Geschlechterverhältnissen und der damit verbundenen Kritik, handelt es sich natürlich nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Richtungen feministischer Wissenschaft.

Vielmehr scheint das Widerstreben, sich mit der gesellschaftlich verankerten Geschlechterungleichheit wissenschaftlich auseinanderzusetzen, aus der Fortsetzung von patriarchalem Denken und männlich dominierten Strukturen zu resultieren, welche es notwendiger Weise auch zu kritisieren gilt. Leider lässt sich in den letzten Jahren an unserem Institut auch ein antifeministischer Backlash feststellen, der in Zeiten verschwimmender Geschlechterrollen vermutlich dadurch erklärbar ist, dass sich Männer in ihrer vermeintlichen männlichen Geschlechterrolle angegriffen fühlen.

## Männerdomäne Uni?

Auch auf gesamtuniversitärer Ebene lässt sich tendenziell zeigen, dass der Frauenanteil steigt, je niedriger die universitäre Ebene ist. So sind zwar weit über 50% der Studierenden sowie auch der Erstsemestrigen Frauen, die Anzahl der Absolventinnen (47%), des wissenschaftlichen Personals (27,06%) sowie der Professorinnen (11,22%), geschweige denn der Senatorinnen ist jedoch nach wie vor gering. Dass diese Entwicklungen nicht zuletzt auf das „neue“ Universitätsgesetz zurückzuführen sind, zeigt sich unter anderem daran, dass durch die hierarchischen Umstrukturierungen in erster Linie die männlich dominierte Universitätsspitze das Sagen hat und Mittelbau sowie Studierenden kaum noch Mitspracherechte eingeräumt werden. Die Autonomie der Universität droht daher zunehmend in die traditionelle Heteronomie für Frauen umzuschlagen. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch die bundespolitischen Tendenzen, die, unter „schwarz-blau“ eine reaktionäre Geschlechterpolitik à la Kindergeld, Abschaffung des Frauenministeriums etc. zu verantworten haben - Eine Politik, die von der neueren Farbmischung „schwarz-orange“ fortgesetzt wurde. Auch unter „rot-schwarz“ fehlten bislang wesentliche Impulse, die die Situation von Frauen in der Wissenschaft verbessern könnten. Struktureller Sexismus funktioniert eben unabhängig von der politischen Ausrichtung Einzelner und ihm kann wohl nur durch bewusstes und entschiedenes Entgegengetreten beigegeben werden. Das heißt zum einen in konkrete Situationen einzugreifen und zum anderen die patriarchale Ideologie, einschließlich der sie bedingenden starren Verhältnisse, zu bekämpfen. So ist es auch weiterhin Aufgabe feministischer WissenschaftlerInnen und StudentInnen, sich mit aktuellen, unzumutbaren Entwicklungen in punkto Geschlechterverhältnis, wie sie beispielsweise in der österreichischen Politik an der Tagesordnung stehen, auseinanderzusetzen und eine radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu formulieren.

<http://www.bagrupowi.at>

Mail to: [bagru.powi@gmx.at](mailto:bagru.powi@gmx.at)

Impressum: HerausgeberIn, MedieninhaberIn:  
Basisgruppe Politikwissenschaft, NIG, Universitätstr.  
7, 2. Stock, Zi. 221